Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1926

114 (19.5.1926) Badischer Zentralanzeiger für Beamte Nr. 20

Visual Library

Badischer Zentralanzeiger für Beamte

Anzeigeblatt für die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Beamten / Beilage zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger

Organ verschiedener Beamten-Vereinigungen

Nr. 20 — Bezug: Erscheint jeden Mittwoch und kann einzeln für 10 Goldpfennig für jede Ausgabe, monatlich für 60 Goldpfennig zuzüglich Porto vom Verlage Karlsruhe i. B., Karlfriedrichstraße 14, bezogen werden. — 19. Mai 1926

8. Vertretertag des Badischen Beamtenbundes

In den Räumen des Bundeshauses (Nowackanlage) Karlsruhe, waren am letzten Samstag und Sonntag die **Vertreter des Bad. Beamtenbundes** zusammengetreten, um den Bericht der Bundesleitung über die Tätigkeit der Organisation im abgelaufenen Jahr entgegenzunehmen und über die vorliegenden Anträge und die nächsten Aufgaben der Zukunft miteinander zu beraten.

Der **Samstag nachmittag** war neben Entgegennahme des Geschäftsberichts in der Hauptsache mit Erledigung solcher Beschlüsse ausgefüllt, die von der Vertreterversammlung satzungsgemäß noch gutgeheißen waren oder ihre letzte Entscheidung forderten. Hierunter fiel ein Einspruch gegen die Aufahme eines Verbands, der zu lebhaften Erörterungen führte; das Ergebnis brachte die Ablehnung der Aufnahme.

Der sodann von dem Geschäftsführer Dr. **Frantzen** erstattete **Tätigkeitsbericht** ging in ausführlicher Weise auf die Entwicklungen und Kernfragen der Beamtenbewegung in Baden, soweit sie vom Bund beeinflußt worden ist, ein. In 1½stündigen Darlegungen verbreitete sich der Referent über das Ringen um die Verbesserung in den Besoldungsverhältnissen im allgemeinen, wobei die einzelnen Etappen dieses Kampfes mit der Reichsregierung u. anderen Faktoren anschaulich auseinandergesetzt wurden. Daran schlossen sich die Erläuterungen wegen der damit verwandten Fragen der Sonder- und Sozialzuschläge, auch der sogen. Winterbeihilfen. Einen breiten Raum nahmen weiter ein die Ausführungen über die in Verbindung mit dem DBB unternommenen Schritte zur Weiterführung der Angelegenheiten in Sachen der Schaffung des neuen Beamtenrechts und namentlich auch des Beamtenvertretungsgesetzes. Die Bemühungen wegen der Urlaubsbestimmungen, tägliche Dienstzeit, Arbeitszeit im allgemeinen und eingehende Besprechung auch der auf wirtschaftliche Selbsthilfe der Beamtenschaft gerichteten Bestrebungen vervollständigten den Inhalt des Berichts. Die Beziehungen zum Landeskartell, dessen Aufbau und ähnliche Momente brachten wiederum neue Arbeit und Gelegenheit zur intensiven Durchdringung der organisationstechnischen Bedürfnisse und Überwindung hier hervortretender Schwierigkeiten. Der auf Wahrheit und Sachlichkeit aufgebaute und erschöpfend abgefaßte Bericht des Geschäftsführers fand allseitige Zustimmung und Anerkennung. Zur Abrundung sei hier gleich angefügt — wenn auch zeitlich die Entgegennahme des Berichts erst am Sonntag nachmittag sich abspielte, —, daß der von ORR. **Kern** ausgearbeitete **Rechenschaftsbericht** und der **Voranschlag** für 1926 nach Aufklärung über Einzelfragen ebenfalls vom Vertertertag gutgeheißen wurde.

Für die auswärtigen Gäste war eine zwanglose Zusammenkunft am Samstag abend vorgesehen, die noch eine stattliche Zahl von Versammlungsteilnehmern bei bester Unterhaltung zusammenhielt.

Der **Sonntag vormittag** galt der Beteiligung von Regierung und Volksvertretung am Aufmarsch der Beamtenvertreter aus dem ganzen Lande. Sämtliche Ministerien hatten Vertreter entsandt, die politischen Parteien waren vertreten durch die Herren Abgeordneten **Kühn** (Zentrum), **Weißmann** (Soz.) und **Mayer** (Deutschnational). Im Vordergrund der Tagung stand der Vortrag des vom Deutschen Beamtenbund entsandten Vertreters, des Herrn Direktor **Rausch** über **„Beamtenfragen der Gegenwart"** (unter besonderer Hervorhebung des **Wesens** und der **Bedeutung des Berufsbeamtentums**). Er betonte u. a., daß der Beamte nicht den Arbeitnehmerstandpunkt betonen dürfe; denn sein Verhältnis zum Staat sei etwas ganz anderes. Eine Trennung der Rechte der unteren und mittleren Beamten sei abzulehnen. Das Beamtentum müsse ein Sammelpunkt sein für Ruhe, Sicherung und stetige Entwicklung. Daher betone auch der Entwurf des Deutschen Beamtenbundes besonders die öffentlich-rechtliche **Grundlage** des Beamtentums hinsichtlich des Beamtenrechtes. **Für** den Deutschen Beamtenbund komme nur ein Zusammenschluß auf der Grundlage politischer und konfessioneller Neutralität in Frage.

In der anschließenden Diskussion nahm zunächst **Ministerialrat Kirchgäßner das Wort.** Er dankte — auch im Namen der übrigen Regierungsvertreter — für die Einladung, wies auf die bisherigen Bemühungen des Bad. Beamtenbundes seit seinem Bestehen hin, die Lage der Beamtenschaft zu verbessern und die dabei erzielten Erfolge, gleichzeitig aber auch auf die ungemein schwierige Situation, n der sich heute Regierung und Landtag befinde, wenn sie den Interessen der Beamten gerecht zu werden trachteten. Unter den Ausführungen der übrigen Diskussionsredner traten hervor die Stellungnahme des 4. Vorsitzenden, RevOJ **Bandel** und die des Justiz-Insp. **Wagner** aus Rastatt. **Bandel** hob mehr auf die allgemeine Lage und Behandlung der Beamtenschaft ab und stellte die Erschwerungen heraus, die sie namentlich durch die Haltung der Reichsregierung in Beamtenkreisen vielfache Enttäuschung hervorgerufen haben, und ersuchte die Volksvertreter, der gegen die Beamtenschaft gerichteten Einstellung der öffentlichen Meinung entgegenzuwirken, dabei wies er auch die Beamtenschaft daraufhin, ihrerseits alles zu vermeiden, was dieser Einstellung Nahrung zuführen könnte. Justiz-Insp. **Wagner** ging des Näheren auf die z. Zt. bestehenden Wünsche der Beamtenschaft auf Verbesserungen im vorliegenden Staatsvoranschlag, Änderung der Verhältniszahlen, Arbeitszeit u. a. mit beachtlichen Gründen ein. In einem zündenden Schlußwort des Referenten Rausch endete die anregende Aussprache.

Aus den geschäftlichen Beratungen ist besonders hervorzuheben die Annahme einer Reihe von **Entschließungen.** Für alle Beamten wird die **obligatorische Krankenversicherung** gefordert. Ferner wird der Badische Beamtenbund aufgefordert, bemüht zu bleiben für die Einführung der **48 Stunden-Arbeitswoche** unter Beibehaltung des freien Samstag-Nachmittag. Der **Dienstbeginn** solle auf vormittags 7 Uhr statt ½8 Uhr festgesetzt werden, der **Büroschluß** auf 5 Uhr nachmittags statt auf ½7 Uhr mit 1½stündiger Mittagspause, die auch in den Sommermonaten gewährt werden soll.

Zum dritten Vorsitzenden wurde der Vertreter der unteren Beamten, **Eckardt,** einstimmig gewählt. Dem Deutschen Beamtenbund wird in einer weiteren Entschließung das volle Vertrauen des Badischen Beamtenbundes ausgesprochen.

*

Zu dem Ausschluß der Polizeibeamtenverbände veröffentlicht der **Verband der Polizeibeamten Badens** eine Darstellung, in der es u. a. heißt: Die Polizeibeamtenverbände Badens waren Mitglied des Bad. Beamtenbundes. Der Landesverband der Polizeibereitschaften erklärte Ende 1924 seinen Austritt aus dem Bad. Beamtenbund, erklärte sich aber nach Änderung der Satzungen hinsichtlich der Beitragsregelung zum Wiedereintritt bereit. Über den Beginn des Wiedereintritts kam es zu einer Kontroverse, und der Verband bad. Staatspolizeibeamten machte die Fortsetzung seiner Mitgliedschaft von der Wiederaufnahme der Bereitschaftspolizei ab 1. 1. 26 abhängig. Der Hauptvorstand des Bad. Beamtenbundes stimmte schließlich gegen die Stimmen der Vertreter der mittleren Beamten einer vermittelnden Lösung zu; jedoch erhoben sechs kleinere Fachgruppen der mittleren Beamten dagegen Einspruch. Diesem Einspruch hat der Vertretertag des Bad. Beamtenbundes mit 68 gegen 58 Stimmen zugestimmt. Damit wurden die Polizeibeamtenverbände aus dem Bad. Beamtenbund ausgeschlossen. Die Vertreter der Verbände der unteren Beamten erklärten sich mit den Polizeibeamtenverbänden solidarisch.

Die Bildungsreform der Volksschullehrer

Zu dieser Frage, die auch in Baden in letzter Zeit Gegenstand der Gesetzgebung und eingehender Erörterungen gewesen ist, schreiben die „Leipziger Neuesten Nachrichten" unter der Überschrift **„Höhere Gehaltseinstufung von Volksschullehrern im Freistaat Sachsen"** am 13. März 1926 folgendes:

„Nach sicherem Verlauten sind in Sachsen die Vorarbeiten für eine höhere Gehaltseinstufung der akademisch gebildeten Volksschullehrer im Gange. Ihre Notwendigkeit wird begründet mit dem bedrohlich geringen Zugang an Studierenden der beiden neugegründeten Pädagogischen Institute in Leipzig und Dresden. Wie Volksbildungsminister Dr. Kaiser am 9. Juli 1925 im Landtag erklärte, beträgt der künftige jährliche Bedarf in Normaljahren rund fünfhundert neue Lehrer; nur vorübergehend ist dieser Bedarf durch die Auswirkungen des Beamtenabbaus und des Geburtenrückgangs im Kriege für die nächsten Jahre um etwa 30 Prozent vermindert. Die erforderlichen fünfhundert neuen Volksschullehrerstudenten jährlich würden mehr als den vierten Teil sämtlicher Abiturienten aller sächsischen neunstufigen höheren Lehranstalten ausmachen. In Wahrheit haben sich seit der Begründung des Dresdener Pädagogischen Institutes (Sommersemester 1923) im Jahresdurchschnitt noch nicht einmal fünfzig, insgesamt nämlich nicht ganz 140 derartige Studierende in Leipzig und Dresden zusammen gemeldet. Und dabei sollen die beiden Institute nach dem von der Volksschullehrerschaft eifrig betriebenen völligen Abbau der Seminare in wenigen Jahren den ganzen sächsischen Bedarf an Volks- und Berufsschullehrern decken.

Die Organisation der Volksschullehrerschaft fordert deshalb die völlige gehaltliche Gleichstellung der akademischen Volksschullehrer mit den anderen akademischen Berufen, was im Endziel auf die Forderung dieser Gehälter für alle Volksschullehrer hinausläuft. Bemessen an dem gegenwärtigen haushaltsplanmäßigen Aufwande an Gehalt- und Ruhegeldern für Volksschullehrer von etwas über 83 Millionen Mark im Jahre würde dies einen Mehraufwand von jährlich über 47 Millionen Mark ausmachen, was eine Steigerung von etwa 56,4 Prozent bedeuten würde. Da aber in den nächsten Jahren mit notwendigen Gehaltserhöhungen für alle Beamten und zugleich wegen der steigenden Zahlen der schulpflichtigen Kinder mit Vermehrungen der Lehrerstellen zu rechnen ist, würde der jährliche Mehraufwand in Wahrheit noch erheblich höher sein — vorausgesetzt, daß bis dahin **das ganze neue Verfahren der Volksschullehrerbildung nicht wegen seiner zahlreichen inneren Unmöglichkeiten zusammengebrochen ist.** Bemerkenswert ist, daß eine völlige entschädigungslose Konfiskation des dem ehemaligen sächsischen Königshause noch gebliebenen Privatvermögens nicht ausreichen würde, die schließlichen Mehrkosten dieser Lehrerpolitik auch nur für ein einziges Jahr zu decken.

Wie wir ermittelt haben, handelt es sich zunächst nur um die Absicht einer teilweisen Gleichstellung der studierten Volksschullehrer mit den Akademikern, die man durch die vorläufig geringe Zahl dieser Lehrerkandidaten annehmbar zu machen sucht. Immerhin wäre mit der Verwirklichung dieser Absicht die erste wichtige Zwischenstufe auf dem Wege zu den eigentlichen Zielen der Lehrerorganisation erreicht."

Ratschreibertagung in Kehl

Die 37. ordentliche Hauptversammlung des Badischen Ratschreiberverbandes fand in **Kehl** statt. Bei der üblichen Begrüßungsansprachen überbrachte Landrat Schindele u. a. die Grüße des Innenministers. Die Wünsche des Staatspräsidenten und Justizministers überbrachte der Referent für Grundbuchwesen im Justizministerium, Oberregierungsrat Dr. **Siefert.** Er hob darauf ab, daß das Jahr 1926 den Ratschreibern die Erfüllung eines langersehnten Wunsches gebracht hat, daß sie nämlich mit Zustimmung des Amtsgerichtes zu Vertretern der Standesbeamten bestellt werden können. Lebhafte Zustimmung fand seine Bemerkung, daß unser ganzes Grundbuchverfahren steht und fällt mit den tüchtigen und ihrer Verantwortung bewußten Ratschreibern. Er erklärte weiter, daß an eine weitere Aufwertung nicht mehr gedacht werden könne. Bürgermeister **Menges**-Gernsbach übermittelte im Namen des Badischen Gemeindeverbandes gute Wünsche für die Tagung. Bürgermeister **Koch**-Ladenburg betonte, wie wichtig es für eine Gemeinde sei, daß Bürgermeister und Ratschreiber sich gegenseitig verstehen. Für den badischen Notarverein sprach der Vorsitzende Notar **Haas.** Er unterstrich besonders das ganz eigenartig patriarchalische Verhältnis zwischen den Notaren als Grundbuchbeamten und den Ratschreibern als Grundbuchhilfsbeamten, ein Verhältnis, das Krieg, Revolution und Änderung der Staatsverfassung überdauert hat.

Verwaltungsoberinspektor **Balschbach**-Durlach hielt einen Vortrag „Zur neuen Standesbeamtung". Er besprach die am 1. Januar in Kraft getretene neue Dienstanweisung, die ein wirklich brauchbares Nachschlagewerk darstelle. Als besonders günstig bezeichnete er die Einführung des Familienstammbuches. Zur Frage der Stellvertretung der Standesbeamten bemerkte er, daß die Eheschließung einen Akt der Staatshoheit darstelle. Im Falle der Verhinderung des Standesbeamten solle dieser Akt von einer beamteten Person vorgenommen wrden, und das sei der Ratschreiber.

Verwaltungsoberinspektor **Böhringer** referierte über das Besoldungssperrgesetz und die Besoldungsordnung. Er wies besonders darauf hin, daß das Besoldungssperrgesetz zwar gefallen sei, daß der Streit aber jetzt um die Auslegung des § 12a gehe. Der Redner unterstrich die Notwendigkeit, mehr denn je Wert auf eine gute Ausbildung der Gemeindebeamten zu legen. Die Vorbildung der Gemeindebeamten müsse auf das Niveau der mittleren Staatsbeamten gehoben werden. Da für manche Gemeinden keine Beamtensatzung aufgestellt worden sei, erstrebe man an Stelle der vorgesehenen Gemeindesatzung einen Tarifvertrag.

Die Hauptversammlung 1927 findet in Mosbach statt.

Bund der Krankenkassenbeamten und -Angestellten

Kürzlich fand in Donaueschingen die Landesversammlung des Bundes der Krankenkassenbeamten und -Angestellten statt, die aus allen Teilen Badens außerordentlich stark besucht war. Verwalter A. **Ziegelmaier**-Konstanz sprach über die Versicherung der Kassenangestellten in der Badischen Fürsorgekasse für Gemeinde- und Körperschaftsbeamte, Obersekretär **Adelhard**-Villingen über Anwartschaften und Wartezeiten in der Invaliden- und Angestelltenversicherung. Beide Vorträge dienten gleichzeitig auch der Weiterbildung der jüngeren Kassenangestellten.

Einmütigkeit konnte festgestellt werden in der Frage der Einführung einer **Prüfungsordnung** für die Kassenangestellten in Baden. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurde beschlossen, an dem vom Bunde aufgestellten Entwurf in allen seinen Teilen festzuhalten. Vor allem verlangt die Landesversammlung, daß eine Befreiungsmöglichkeit von der Ablegung der Prüfung nicht geschaffen wird, daß also die Prüfungen für alle Neuanzustellenden obligatorisch werden, ferner daß die Prüfung durch die Beteiligung der Landesregierung im Prüfungsausschuß einen offiziellen Charakter erhält und überall anerkannt wird. Verlangt wird eine paritätische Zusammensetzung des Prüfungsausschusses durch Kassen- und Angestelltenvertreter. — Verwalter **Ziegelmaier**-Konstanz wurde in Anerkennung seiner für die Krankenkassenangestellten geleisteten Arbeiten die Ehrenurkunde des Bundes überreicht. Die nächstjährige Tagung findet in **Baden-Baden** statt.

Tagung der Reichsbahninspektoren und -Amtmänner

In **Freiburg** fand am Sonntag die diesjährige Tagung des Fachbezirks Baden der Reichsbahninspektoren und -Amtmänner statt, die von etwa 70 Vertretern aus allen Teilen Badens besucht war. Die Tagung wurde eingeleitet durch einen eingehenden Bericht des 1. Vorsitzenden, Eisenbahninspektor Fröhlich-Mannheim. Wenn der Erfolg der Organisation nicht immer den Erwartungen entsprochen habe, so lag dies ausschließlich an den ganz besonderen Verhältnissen, hervorgerufen durch die Verreichlichung der ehemals badischen Staatseisenbahn, die Vergesellschaftung der Deutschen Reichsbahn und die besonderen Reparationsbelastungen des neuen Reichsbahnunternehmens in Höhe von nahezu einer Milliarde Mark. Den daraus erstandenen Nöten und Sorgen der Beamtenschaft wurde in zahlreichen Anträgen und Beschlüssen Ausdruck verliehen. Als nächster Tagungsort wurde Baden-Baden bestimmt.

Verband der Reichspost- und Telegraphenbeamtinnen

Während der Verband der Deutschen Reichspost- und Telegraphenbeamtinnen auf seiner **Freiburger** Tagung in den beiden ersten Verhandlungstagen mehr die kulturellen Bedürfnisse der Beamtinnen und die personellen Erfordernisse behandelt hatte, gelangten am dritten und letzten Verhandlungstage in der Hauptsache wirtschaftliche Fragen zur Verhandlung.

In einer **Entschließung** betreffend Besoldungsfragen, wird der bestimmten Erwartung Ausdruck gegeben, daß der Verband weiterhin sich bemüht, für eine bessere Besoldung der Beamtinnen zu wirken. Ein eingehendes Referat der zweiten Verbandsvorsitzenden Else **Fisch**-Berlin führte zur Annahme einer Entschließung, in der die große Bedeutung sportlicher Betätigung im Rahmen der Dienststunden hervorgehoben wird. Gedacht wird hierbei an das schon teilweise eingeführte Gesundheitsturnen von 10 Minuten Dauer innerhalb der Arbeitszeit. In dem Referat wurde mitgeteilt, daß das Gesundheitsturnen die Krankheitszahlen der weiblichen Beamtinnen in den erfaßten Betrieben um etwa 20 Proz. gesenkt habe. Hygienische Fürsorge durch Staubbekämpfung, gute Lüftung usw. seien die beste kaufmännische Kapitalanlage in privat- und volkswirtschaftlicher Beziehung. Hinsichtlich der Urlaubsregelung wurde verlangt, daß eine genügende Zahl von Urlaubsvertreterinnen eingestellt werde, um eine Mehrbelastung infolge der Übertragung der Arbeit Beurlaubter zu verhindern. Der Verbandstag begrüßte weiter die Zusage der Regierung, demnächst den Entwurf eines neuen Beamtenrechts vorzulegen, zumal wenn der neue Entwurf Rücksicht nehme auf die sozialen und beruflichen Besonderheiten der Beamtinnen.

Verband badischer Gemeinden. Die diesjährigen Hauptversammlungen des Verbandes bad. Gemeinden und des Vereins bad. Bürgermeister finden am 30. und 31. Mai 1926 in **Konstanz** statt. Es ist eine reichhaltige Tagesordnung vorgesehen.

Frage: Werden für **Entscheidungen** des **Rechnungshofs** Sporteln erhoben, bejahendenfalls in welcher Höhe?

Antwort: Ja, nach dem § 5 des Verwaltungsgebührengesetzes in seiner durch Gesetz vom 17. August 1923 verkündeten Fassung und in Verbindung mit § 2 der Verordnung des Staatsministeriums vom 29. Dezember 1923 werden erhoben für Endentscheidungen

a. . . . . .
b. . . . . ,
c. . . . . .
d. bei einem Ministerium und beim Rechnungshof 4—100 M.

(vgl. Ges. u. Verordnungs-Blatt 1923 Seite 283 u. Seite 461). Der Ansatz der Sportel ist nach § 4 der Verw.Geb. Ordnung zu bewirken, sobald die Amtshandlung, für welche die Erhebung zu geschehen hat, erfolgt ist. Die zu erhebenden Sporteln sind in den Akten bei den betr. Verfügungen und auf der Ausfertigung derselben zu verzeichnen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Was der Beamte für Familie u. Haushalt benötigt

Großes Lager in:
Gasherden,
kombinierten Herden,
Kohlenherden, Gasbadeöfen, Gaszimmerheizöfen, Gasbügeleisen,
Badewannen
empfiehlt
Theodor Zink
Amalienstraße 79 — Kaiserplatz

Karlsruher Lebensversicherungsbank A.-G.
Versicherungsbestand Herbst 1925:
Mehr als 250 Millionen Mark

Geschäfts-Verlegung!
Mache meiner verehrten Kundschaft die ergebenste Mitteilung, daß ich mein Geschäft ab 15. Mai nach der Kriegsstraße 74 gegenüber der alten Bahnpost verlegt habe.
Hochachtungsvoll
August Neuesüß
Alleinverkauf der
Haid & Neu-Nähmaschinen
Sämtliche Reparaturen und Ersatzteile
Mars-, Torpedo-, Rixe-Fahrräder
Sämtliche Ersatz- und Zubehörteile
Gas- und kombinierte Herde
zu den Bestimmungen des Städtischen Gaswerks
Bei Barzahl. auf Nähmaschinen, Räder u. Herde bis 10% Rabatt
Günstige Teilzahlung

Rieger & Matthes Nachf.
INH. ALB. NIEGEL & RICH. BECKER
Fernruf 1783 Kaiserstr. 186 am Kaiserplatz
Tapeten-Spezialgeschäft
Moderne Muster Neuheiten 1926

Möbel Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Küchen, Polster-Möbel u. Einzel-Möbel, Stühle usw. Gediegen und sehr preiswert.
Jul. Weinheimer
Kaiserstraße 81/83

Bezugsquellen für den Bedarf der Behörden

TRIUMPH
die zuverlässigste und beste
SCHREIBMASCHINE
von Behörden u. Bürgermeisterämtern bevorzugt. ZA.533
Georg Mappes
Karlsruhe
Telephon 2264 Karlfriedrichstr. 20

G. BRAUN GM BH KARLSRUHE
vormals G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag
Karlfriedrichstraße 14
Herstellung von Druckarbeiten
für staatliche und städtische Behörden

GEBRÜDER BACHERT
KARLSRUHE i. B.
Liststr. 5 Tel. 443 CA506
Glocken- und Metallgiesserei
Eisen- und Tempergiesserei

Badischer Teil

Verein badischer Pflanzenzüchter

Der Verein badischer Pflanzenzüchter hielt dieser Tage in **Schwetzingen** eine Vorstandssitzung ab, der als Vertreter der Gesellschaft zur Förderung deutscher Pflanzenzucht **Direktor Bohne**-Berlin beiwohnte und den badischen Pflanzenzüchtern über die Belange der gesamten deutschen Pflanzenzüchter Bericht erstattete. — Von den Punkten der Tagesordnung sind die Verhandlungen über die **Errichtung eines badischen Pflanzenzuchtinstituts in Rastatt**, dessen Notwendigkeit auch von seiten des badischen Innenministeriums bei einem kürzlichen Besuch der badischen Pflanzenzüchter im Ministerium anerkannt und unterstützt wurde, von besonderer Wichtigkeit. Direktor Bohne berichtete sodann über die schlimmen Auswirkungen der Kapitalknappheit der deutschen Landwirtschaft auf die Verwendung von Originalsaatgut und gab seiner Genugtuung Ausdruck, daß der Verein badischer Pflanzenzüchter in so vorbildlicher Weise mit Unterstützung und im Zusammenarbeiten mit der Badischen Landwirtschaftskammer innerhalb der badischen Landwirtschaft aufklärend und bessernd wirkt.

Der Bericht des Vereinsvorsitzenden, Saatzuchtleiter **Hohenstadt**-Strassenheim über die jüngste Vollversammlung der Badischen Landwirtschaftskammer hob hervor, daß auch dort die Notwendigkeit eines Institutsbaues als erste Voraussetzung für die erfolgreiche Weiterentwicklung der badischen Pflanzenzüchtung anerkannt worden ist. — Der Geschäftsführer des Vereins, Landwirtschaftsrat **Buß**-Rastatt referierte über den Frühjahrssaatgut-Verkauf, der im allgemeinen für die badischen Züchtungen befriedigend verlaufen ist. — Aus dem Bericht des Saatzuchtinspektors Dr. **Lieber**-Rastatt ging hervor, daß der Verein Badischer Pflanzenzüchter die Breslauer Ausstellung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft in diesem Jahre mit einer Kollektion der für nord- und ostdeutsche Verhältnisse geeigneten Zuchtprodukte beschicken wird. — Mit besonderem Interesse nahm der Vereinsvorstand davon Kenntnis, daß in der Förderung des **deutschen Maisbaues** von seiten des Reichsernährungsministeriums der Badischen Landwirtschaftskammer größere Mittel zur Verfügung gestellt wurden, die die Bekämpfung von Schädlingen sowie die wissenschaftliche Bearbeitung des deutschen Maisbaues ermöglichen, so die Trocknung des Maises, die Ensilierung, die Verwendung von Maschinen usw. Der Saatzuchtanstalt der Badischen Landwirtschaftskammer ist bereits ein Satz amerikanischer Maismaschinen von der deutschen Reichsregierung zu Versuchszwecken zur Verfügung gestellt worden, und sie wird schon in diesem Jahre diese Maschinen auf ihre Verwendungsmöglichkeit im deutschen Maisbau prüfen.

Landesverband der Badischen Hotelindustrie

Der Landesverband der Badischen Hotelindustrie und verwandter Betriebe hielt in **Baden-Baden** im Kurhaus seine diesjährige Hauptversammlung ab. Nach dem vom Vorsitzenden **Bieringer** erstatteten Jahresbericht hatte das Hotelgewerbe auch im abgelaufenen Jahr schwer unter der Ungunst der Wirtschaftslage zu leiden. Verschiedene Eingaben des Verbandes an die zuständigen Reichs- und Landesbehörden hatten nur teilweise Erfolg. Ihr Ziel soll jedoch weiter verfolgt werden. Dem Wegfall der Reichsherbergesteuer stand die Erhöhung der Gebäudesondersteuer entgegen. Eine weitere Senkung der Pensionspreise sei nur möglich bei allgemeiner Preissenkung und Beseitigung der hemmenden Fremdenverkehrsbestimmungen. — Hotelbesitzer **Strittmatter**-Villingen berichtete über die Heidelbergen Tagung des Verwaltungsrates des Reichsverbandes und hob die Bedeutung des dort beschlossenen Beitritts der deutschen Hotelindustrie zum internationalen Hotelierverband hervor. Dann folgten Beratungen über die einzelnen Steuern und über Verkehrsfragen. Syndikus **Rieger** vom Badischen Verkehrsverband erwähnte bei dieser Gelegenheit, daß es den Bemühungen des Badischen Verkehrsverbandes gelungen sei, daß im Staatsvoranschlag für 1926/27 der Betrag zur Hebung des Fremdenverkehrs von 1500 auf 10 000 M. erhöht worden sei. Schließlich wurden eine Anzahl Entschließungen angenommen, in denen die einzelnen zur Sprache gebrachten Forderungen niedergelegt sind.

Tagung des Badischen Landbundes

In **Heidelberg** fand am Sonntag unter starker Beteiligung, namentlich aus dem nördlichen Baden, die 6. ordentliche Landesversammlung des Badischen Landbundes zusammen mit der 2. Junglandbundtagung statt.

Die Wünsche und Forderungen des Landbundes wurden in einer einstimmig angenommenen Entschließung niedergelegt. Darin wird verlangt: Besserer Zollschutz, Änderung der Tarifpolitik der Reichsbahn, langfristige Kredite zu einem Zinsfuß, der einer normalen landwirtschaftlichen Rentabilität entspricht, größere Berücksichtigung des Landes Baden bei zukünftigen Kreditgewährungen. Weitere Forderungen beziehen sich auf die Steuerveranlagung und Steuererleichterungen. Verlangt wird die Schaffung der Schlachtsteuer. Gegen den Volksentscheid betr. die Enteignung der Fürstenvermögen wurde Stellung genommen.

Die Hauptansprache hielt der Präsident des Reichslandbundes, Reichstagsabg. **Heck**. Er entwickelte das politische und wirtschaftliche Programm des Landbundes.

Landtagsabg. **Klaiber** berichtete über die Landtagswahlen und die Landtagsarbeit. Direktor **Füller** referierte über die Einigungsbestrebungen in der Landwirtschaft. Er schilderte die Schwierigkeiten, an denen der Landbund keine Schuld trage. Wenn dieser auf das Warengeschäft verzichten soll, so werde man ihm nicht das Recht nehmen können, sich wirtschaftspolitisch zu betätigen. Nachdem die Verträge mit der Hauptgenossenschaft und dem Verband badischer landwirtschaftlicher Genossenschaften gekündigt seien, habe der Landesausschuß beschlossen, den geschäftsführenden Vorstand des Landbundes zu ermächtigen, erforderlichenfalls eine eigene Wirtschaftsstelle zu errichten.

Bücheranzeigen

Geschichte unserer Musikinstrumente. Von Professor Dr. K. Nef. (Wissenschaft und Bildung Nr. 223.) 104 Seiten mit 33 Abbildungen auf Tafeln und im Texte. (Preis gebunden M. 1.80. Quelle & Meyer, Leipzig.) — Das vorliegende Büchlein des bekannten Musikwissenschaftlers zeigt, welche Rolle unsere Musikinstrumente, d. h. die Instrumente, die seit dem Mittelalter bis zur Gegenwart in Europa im Gebrauch waren und sind, im Lauf der Zeiten gespielt haben. Es wird jedem Musiker und Musikfreund reiche Anregung und Belehrung bieten. Wir können es aufs wärmste empfehlen.

Sing- und Spielmusik aus älterer Zeit. Herausgegeben als Beispielband zur Allgemeinen Musikgeschichte. Von Prof. Dr. J. Wolf. (Wissenschaft und Bildung 218.) 158 Seiten. (Preis gebunden Mk. 1.80. Quelle & Meyer, Leipzig.) — Eine wertvolle umfassende, auch dem Spezialisten z. T. unbekannte Literatur kirchlicher und weltlicher Art für Solo- und Chorgesang, Klavier-, Orgel-, Lautenspiel und verschiedene Instrumentenverbände wird hier in allgemeinverständlicher Form vorgelegt. In 66 Musikbeispielen gibt Verfasser auf dem Klaviere oder einem anderen Instrument einen tieferen Einblick in die reiche Ton- und Formenwelt der älteren Musikperiode, so daß jedem von uns ermöglicht wird, sich lebendig die Tonwelt der Musikkunst des 12. bis 17. Jahrhunderts in Kirche und Welt vorzuführen und in ihren Geist einzudringen.

Die redenden Künste. Von Lektor Dr. E. Drach. (Wissenschaft und Bildung Nr. 221, 151 Seiten. Preis gebunden M. 1.80. Quelle & Meyer, Leipzig.) — Diese Schrift des bekannten Lehrers der Sprechkunde und Vortragskunst an der Universität Berlin ist dankbar zu begrüßen. Sie gibt eine gründliche Untersuchung der Entstehungsbedingungen des kunstgeformten Vortrags, ein Aufzeigen seiner Entwicklungslinien, eine Anleitung zum Urteil.

Praxis der Bilanzkritik von Dr. **Walter le Coutre**, o. Professor der Betriebswirtschaftslehre an der Handelshochschule Mannheim, 1. Band **Ziele und Grundlagen der Bilanzkritik.** Bücherei für Bilanz und Steuern, Band XIV. Preis geheftet 4.20 M., in Halbleinen gebunden 5.50 M. — 179 Seiten — 1926 — **Industrieverlag Spaeth & Linde, Berlin W 10, Wien I.** — Ein neues Werk über Bilanzen hat besonders unter Berücksichtigung der gegenwärtigen schwierigen Wirtschaftsverhältnisse nur seine Berechtigung, wenn es etwas Neues bringt. Professor Dr. le Coutre ist anerkannter Kenner des Bilanzgebietes. Er betrachtet die Bilanz als Mittel der praktischen Wirtschaftsführung. Seine Fragestellung lautet: „Was will, soll und kann der Leiter einer Unternehmung aus einer Bilanz ersehen?" Auch in wissenschaftlicher Beziehung kann das Werk lebhaftes Interesse erwarten, weil es die erste, gleichzeitig aber auch eingehende Darstellung der **statischen Bilanzlehre** ist.

Steuerabzüge. Was kann bei der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer abgezogen werden? Unentbehrliches Nachschlagebuch, enthält alle statthaften Abzüge in alphabetischer Reihenfolge zum Ablesen eingerichtet sowie eine Anleitung zur Erlangung von Steuerermäßigungen. Fünfte Auflage, neu bearbeitet von W. Stern, Rechtsanwalt, Frankfurt a. M. Preis 2,80 M. — 90 Seiten. — Industrieverlag Spaeth & Linde, Berlin W 10, Wien I.

Die Umsatzsteuer-Erklärung 1926 mit Musterformularen in Zweifarbendruck ausgeführt und für die Praxis ausführlich erläutert von Dr. Koppe, Rechtsanwalt, Hauptschriftleiter der „Deutschen Steuer-Zeitung" in Berlin. Preis 3.50 Mk. — 104 Seiten — Industrieverlag Spaeth & Linde, Berlin W 10, Wien I.

John Russell: Klippen im Korallenmeer. Novellen. (Adolf Sponholtz Verlag, Hannover, in Ganzleinen geb. M. 6.—). — Zum ersten Mal liegt ein Buch von Russell in deutscher Sprache vor. Es enthält Novellen, die in ihrer Handlungsfülle und Formenschönheit, in märchenhaftem Geschehen und bildhafter Darstellung einen Meister erkennen lassen. Eine starke Magie liegt in diesen Erzählungen, der Trennungsstrich zwischen Wirklichkeit und Phantasie ist verwischt, man glaubt an das Unglaubliche, wie es sich in diesen exotischen Gegenden der Südsee vor seltsamen Hintergründen abspielt, wo Teuflisches sich mit Blumenhaftem verführerisch mischt. Im Stoff, im Stil und in der Struktur bezeugen diese Erzählungen eine große Virtuosität. Die Erzählungskunst von Russell ist groß, besonders durch seine Technik, die der von E. A. Poe ähnelt.

Hermann Vortisch: Vom Peterli zum Prälaten. J. P. Hebels Leben in zwölf Geschichten und Gedichten. Mit Bildern von Fritz Quidenus. (Verlag Eugen Salzer, Heilbronn. Geb. M. 3.40). — „Was Vortisch aus Hebels Leben und über sein Leben erzählt, darüber hätte Hebel sicherlich selbst seine große Freude gehabt, denn der Lebenslauf Hebels ist nicht im trockenen Stil des Chronisten geschrieben, sondern als warm empfindender Dichterkollege führt er seine Feder.

El Correl: Das Weib und der Centaur. Mit 4 Kunstbeilagen in farbiger Kreidezeichnung und farbiger Einbandzeichnung von Arthur Grunenberg, gebunden Preis M. 6.—, Verlag Dr. Eysler & Co. A.-G. Berlin SW. 68). — Ein Epos der Liebe in ihrer Urgestalt, in der Sprache unserer Zeit! In der Form einer Erzählung erstand ein Dichtung, die anmutet wie ein Ballade. Der Zeichenstift von Arthur Grunenberg bannte Gedanken und Stimmung der Dichtung in künstlerische Linien.

Horst Wolfram Geißler: Entweder—oder. Roman. (August Scherl G. m. b. H., Berlin, geheftet 3.50 M.) — Im fieberhaften Rhytmus der Zeit verläuft die Handlung dieses neuen Werkes von Horst Wolfram Geißler. Es ist ein Spiel auf Tod und Leben, ein großes „Entweder—oder", das hier zwischen zwei Gegnern ausgekämpft wird. Zugleich ein Ringen zwischen Gut und Böse. Der außerordentlich spannende Aufbau und die gepflegte Sprache stellen diesen Roman über den Durchschnitt der neueren Unterhaltungsliteratur. Leider ist der Schluß des Romans dem Autor nicht ganz geglückt.

„Lacht Euch Lanne" 1000 Witze von Ernst Warlitz, 290 Seiten, Titelbild von Koch-Gotha (Preis gebunden M. 3.50. Max Hesses Verlag, Berlin W 15.) Das Buch enthält 1000 sprühende Witze und Anekdoten von solch bezwingender Fröhlichkeit, daß sich seinem Einfluß niemand entziehen kann. Der Inhalt, der das ganze Gebiet menschlicher Schwächen und Torheiten umfaßt, ist überaus mannigfaltig und gut geordnet.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg